

Maria Weber

Gewerkschaftliche Hochschulpolitik

Maria Weber, geb. 1919 in Gelsenkirchen, ist stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Im Geschäftsführenden Vorstand des DGB ist sie zuständig für die Bereiche Berufliche Bildung, Bildung und Frauen.

I.

Die deutsche Universität hat eine große Vergangenheit; ihr Anteil am Fortschritt der Wissenschaften ist aus der Geschichte nicht wegzudenken. Sie hatte nur einen, in unseren Augen allerdings entscheidenden Nachteil: Der Masse der arbeitenden Bevölkerung blieb sie verschlossen. Die Universität war eine ausgezeichnete Schule, aber nur für eine gesellschaftliche Elite.

Das hat sich inzwischen geändert. Zwar sind längst nicht alle Privilegien abgebaut, längst nicht alle Chancen gleich verteilt. Nach wie vor haben es Kinder aus Arbeiterfamilien ungleich schwerer als z. B. Söhne und Töchter von Richtern und Rechtsanwälten, die Stufen der höheren Bildung zu erreichen. Dennoch haben die Versuche, einer immer größeren Gruppe den Zugang zur Universität zu ermögli-

chen, Erfolg gehabt. In den zehn Jahren von 1965 bis 1974 ist die Anzahl der Abiturienten von 50 000 auf 117 000 gestiegen; entsprechend verdoppelte sich nahezu die Zahl der Studenten von 250 000 auf 490 000. Neue Universitäten wurden gegründet, bestehende erweitert; der Zuwachs an wissenschaftlichem Personal war verhältnismäßig sogar noch größer als der Zuwachs an Studenten; es wurde im angegebenen Zeitraum von nicht ganz 30 000 auf über 62 000 vermehrt.

Trotzdem befindet sich die deutsche Hochschule in einer schweren Krise. Sie kann den Andrang der Studierwilligen nicht mehr bewältigen, und in den nächsten Jahren wird das Gedränge vollends unerträglich werden: Der „Schülerberg“ schiebt sich auf die Universität zu. In den Jahren 1982 bis 1985 rechnet man jährlich mit bis zu 200 000 Schulabsolventen mit Hochschulreife.

Angesichts dieser Lage scheint sich Panik auszubreiten. Anders lassen sich Vorschläge kaum erklären, die daraufhinauslaufen, die Anzahl der Studierenden auf die Anzahl der Studierplätze zurückzuführen, das heißt, nur so viele studieren zu lassen, wie das Bildungssystem glaubt ausbilden zu können.

Solche „Lösung“ ist eine Kapitulation. Niemand ist auf den absurden Gedanken gekommen, einen Numerus clausus für die Grundschule einzurichten, als die geburtenstarken Jahrgänge eingeschult wurden. Schulen und Lehrer mußten alle Kinder aufnehmen, die die Pflicht und das Recht hatten, zur Schule zu gehen. Es wäre unverständlich, wenn Hochschulen anders verfahren könnten. Der DGB besteht darauf, daß alle, die dazu befähigt sind, ein Hochschulstudium absolvieren können, und er wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß möglichst viele dazu befähigt werden.

Auch wirtschaftlich wäre es verhängnisvoll, wenn wir unsere Begabungsreserven nicht ausschöpften. Eine Industrienation ist zum Überleben darauf angewiesen, daß möglichst viele ihrer Bürger eine höchstmögliche Qualifikation erhalten. Es kann also nicht angehen, den Zugang zur Hochschule einzuschränken; er muß im Gegenteil erweitert werden. Nicht nur ein Schulzeugnis, sondern auch der Nachweis qualifizierter Arbeit muß den Besuch einer Universität ermöglichen.

II.

Es sollen also auf die überfüllten Hochschulen noch mehr Studenten gehen dürfen? Wir halten diese Forderung nicht für utopisch. In den letzten Monaten sind viele Vorschläge gemacht worden, wie man, sogar ohne große zusätzliche finanzielle Anstrengungen, die Anzahl der Studienplätze erhöhen kann. Überprüfungen ließen z. B. erkennen, daß Räume und Labors nicht rationell genutzt werden. Auch ohne Perfektionismus läßt sich fragen, ob ein Ausnutzungsgrad von 50 Prozent oder gar nur 33 Prozent zu verantworten ist.

Sehr viel brisanter ist die Frage, ob die Hochschule sich unter den augenblicklichen Umständen erlauben kann, jährlich fast ein halbes Jahr den Lehrbetrieb ganz

ruhen zu lassen. Ließe sich aus den langen Semesterferien nicht ein weiteres Trimester im Jahr gewinnen? Die Ruhepause wird damit begründet, daß die Studierenden sie brauchen, um den Anregungen der Lehrveranstaltungen nachzugehen (oder, schlechter, um ihr Studium zu finanzieren). Noch notwendiger sei diese Zeit für die Lehrenden, um die Lehrveranstaltungen vorzubereiten und sich der Forschung zu widmen. Ein Angriff auf die Semesterferien gilt somit als Angriff auf das Recht auf freie Forschung.

Zweifellos haben Universitätslehrer nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur freien Forschung. Aber ebenso haben andere, und zwar sehr viel mehr Bürger, ihr Recht auf Bildung. Wenn beide Rechte miteinander im Streit liegen, dann steht nicht von vornherein fest, welches vorgeht: das Recht einer schon ohnehin privilegierten Minderheit oder das Recht einer meist schon seit Generationen benachteiligten Mehrheit.

Natürlich geht es nicht nur um Rechte, sondern auch um Zweckmäßigkeit. Es wäre nicht zu verantworten, die deutschen Hochschulen in einen gefährlichen Forschungsrückstand geraten zu lassen. Das würde nicht nur dem Prestige der Hochschulen, sondern der gesamten Gesellschaft und damit auch der Masse der Arbeitnehmer schaden.

Aber weil man die Frage weder im einen noch im anderen Sinn einfach beantworten darf, muß man einen Kompromiß suchen. Angesichts Hunderttausender junger Leute, deren einziger Fehler es ist, zu viele Altersgenossen zu haben, wird man die Lehre ausbauen müssen, selbst wenn das auf Kosten der Zeit geht, die bislang jedem Lehrer großzügig und pauschal für die Forschung zur Verfügung gestellt wurde.

Wir erkennen Rang und Wert der Forschung an. Für sie muß die erforderliche Zeit freigehalten werden. Das kann im Einzelfall sogar mehr sein als die Zeit der Semesterferien. Aber nicht immer rechtfertigt die Forschungstätigkeit die Länge der dafür angesetzten Ferien. Deshalb sind wir für eine präzise Umschreibung der Forschungsvorhaben und für einen möglichst genauen Zeit- und Arbeitsplan. Wie man vom Studenten selbstverständlich den Nachweis seines Studienerfolges erwartet, muß auch geleistete Forschungsarbeit nachweisbar sein. Wir sind überzeugt, daß so genügend Zeit gespart werden kann, um aus zwei Semestern drei Trimester zu machen, wenigstens als Notlösung in einer Notlage. Möglicherweise würde sich in diesem Fall eine stärkere Kontrolle der Nebentätigkeiten akademischer Lehrer erübrigen.

Für notwendig, wenn auch nicht ausreichend, halten wir die Einführung von Regellehrverpflichtungen. Es geht nicht darum, Hochschullehrer zu disziplinieren, sondern den Studenten die Ausbildung zu sichern. Zunächst ist deshalb festzustellen, wieviel und welche Lehrveranstaltungen anzubieten sind, um der gegebenen

Zahl von Hörern die gewünschte Ausbildung zu ermöglichen; das kann über Regelverpflichtungen hinausgehen. Die Dozenten mögen selbst untereinander regeln, wie sie die Last der Lehre und die Freiräume zur Forschung unter sich gerecht teilen.

Nicht nur Dozenten, die zuwenig lehren, sondern auch Studenten, die zu lange lernen, mindern die Leistungsfähigkeit der Hochschulen, denn sie versperren anderen den Zugang zur Universität. Also muß man die Studienzeit verkürzen. Der Gedanke ist bestechend einfach: Man regele die Studienzeit, indem man eine Höchstgrenze bestimmt, die nicht überschritten werden darf- und schon hat die Universität Platz für alle, die studieren wollen! Auch wir sind für die Einführung einer Studienregelzeit, aber nur, wenn sie begleitet wird von weiteren Reformen. Unter den gegebenen Umständen wird eine Verkürzung der Studienzeit eher dazu führen, daß sich die Zahl der erfolglosen Studenten erhöht. Es würden mehr Studenten mit geringem Erfolg studieren. Damit wäre keinem gedient. Wer die Studienzeit kürzt, muß auch die Gründe beheben, die das Studium so lange dauern lassen. Ein Grund ist, daß viele Studenten Semester brauchen, um sich über ihren Studienweg klarzuwerden; sie brechen das erste Studium ab und beginnen ein zweites. Zwar wird man niemandem verbieten wollen, einen einmal eingeschlagenen Weg nachträglich zu korrigieren. Doch kann man sicher die Anzahl der Fachwechsler und Studienabbrecher reduzieren, ohne daß man die Freiheit der Berufswahl einschränkt.

Wie kann das erreicht werden? Als erstes wäre die Studienberatung zu nennen. Sie ist vor allem zu Beginn des Studiums wichtig. Der Studienanfänger, der sich in einen kaum überschaubaren, riesigen Studienbetrieb versetzt sieht, muß über das Funktionieren des Apparats, über mögliche Formen der Zusammenarbeit, über das „gesellschaftliche“ Leben der universitären Subkultur aufgeklärt werden. Zugleich muß er sich über den gewählten oder andere, vielleicht zu wählende Berufe orientieren können; nicht nur über die dazu notwendigen Lehrveranstaltungen, sondern - weit wichtiger - über die Bedingungen und die Wirklichkeit des Berufes. Auch beim Studieren selbst, in der Methodik des akademischen Arbeitens, darf der Studierende nicht alleingelassen werden. Befähigte Berater müssen zum Studieren anregen und es begleiten. Schließlich brauchen Studenten, die nebenher arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, in der Regel länger. Eine Kürzung der Ausbildungsbeihilfen ist darum auch wirtschaftlich unsinnig, vom Unrecht der Benachteiligung finanziell schwächerer Studenten ganz abgesehen.

III.

Aber alle diese Vorschläge bleiben auf halbem Weg stehen. Es geht nicht nur um eine bessere Nutzung vorhandener Kapazitäten; es geht um Reformen, die auch dann durchzuführen wären, wenn die Hochschule Platz für alle hätte: Es geht darum, daß die Hochschulen endlich ihrem Charakter als Dienstleistungsbetriebe gerecht werden.

Die weitaus meisten Studenten gehen zur Universität, um einen qualifizierten Beruf zu erlernen: Sie wollen Rechtsanwälte, Ärzte, Studienräte oder Ingenieure werden. Nur verhältnismäßig wenige wollen sich als Wissenschaftler betätigen. Es gibt Zehntausende von Ärzten, Rechtsanwälten und Ingenieuren, die ausgezeichnete Fachkräfte sind, Kranke kurieren, Prozesse gewinnen und sichere Brücken bauen; Wissenschaftler sind sie nicht. Der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, der an Hochschulstudenten allgemein erhoben wird, wird dieser Wirklichkeit nicht gerecht. Als Berufsausbildung aber hat die Universitätsausbildung große Mängel.

Die Gründe dafür liegen im akademischen Betrieb selbst. Oft müssen Dozenten für einen Beruf vorbereiten, den sie aus eigener Anschauung gar nicht kennen. Es genügt nicht, einen angehenden Studienrat in den geologischen Aufbau des Mondes einzuführen, wenn man ihm nicht gleichzeitig die Fähigkeit vermittelt, Vierzehnjährige dafür zu interessieren - ganz abgesehen von der Frage, ob man Vierzehnjährige überhaupt dafür interessieren muß. Der angehende Studienrat sollte auch etwas erfahren über seine Stellung und die des Akademikers in und zu der Gesellschaft überhaupt. Man kann niemand zwingen, in gesellschaftlichen Fragen einen bestimmten Standpunkt zu beziehen; aber man kann ihm zumuten, mögliche Standpunkte zu reflektieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Der Akademiker muß also über seinen Beruf zugleich mehr und weniger erfahren; die Zeit, ihn wie einen Computer mit Einzeldaten zu füttern, die er nach bestandener Prüfung dann doch fröhlich wieder vergißt, diese Zeit kann man sparen. Eine konsequente Ausrichtung des Studiums auf die Erfordernisse des Berufs wird die Studiengänge straffen und damit freie Plätze schaffen. Abgesehen davon, daß ein Student, der bei allem weiß, warum er studiert, vermutlich besser motiviert, also erfolgreicher, also schneller studiert als ein anderer, der sich mühsam durch eine überkommene Stoffmenge quält.

Auch müßten theoretische und praktische Ausbildung enger miteinander verbunden werden. Auf die theoretische Einführung sollten allgemein und nicht nur, wie bisher, in einigen Fachbereichen Zeiten praktischer Einübung und darauf wieder theoretische Aufarbeitung und Weiterführung folgen. Ebenso muß das Kontroll- und Prüfungssystem überarbeitet werden. Der Prüfling muß nachweisen können, daß er die für seinen Beruf erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat. Dazu gehört bei akademischen Berufen nicht nur ein gutes Gedächtnis, sondern kritisches und schöpferisches Denken; nicht dazu gehört etwa die Kenntnis der wissenschaftlichen Hobbys des akademischen Lehrers.

Denkt man diesen Ansatz konsequent weiter, so kommt man notwendig zum System eines lebenslangen Lernens, zu einem sich das ganze Leben hindurchziehenden Wechsel von theoretischem Aufarbeiten bzw. Neulernen und praktischer Berufsausübung. Die augenblicklich überwiegende Praxis, in der auf eine jahrelange, nur theoretische Ausbildung eine jahrzehntelange, nur praktische Berufsausübung folgt, ist wirtschaftlich und in jeder Hinsicht unbefriedigend.

In eigener Regie kann die Universität ihren eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden. Hier gilt lediglich, institutionell abzusichern, was der gute akademische Lehrer von jeher als seine Pflicht angesehen hat: lebenslanges Studieren und Forschen.

Die Ausbildung in fast allen anderen Bereichen jedoch überfordert die Kräfte der Hochschule. Diese Aufgabe verlangt die Mitarbeit gesellschaftlicher Kräfte, die sich außerhalb der Hochschule organisieren. Sie erfordert auch die Mitarbeit und Mitbestimmung der Gewerkschaften als der Organisation der abhängig Beschäftigten. Wir wollen nicht nur mitbestimmen, wie Computerfachleute und Werkzeugmacher ausgebildet werden; wir wollen auch mitbestimmen, wie Krankenhausärzte und Richter ausgebildet werden.

IV.

Seit langem arbeitet die Wirtschaft mit den Universitäten zusammen bzw. läßt die Wirtschaft die Universität für sich arbeiten. Wir verlangen, daß diese Zusammenarbeit für die Öffentlichkeit durchschaubar gemacht wird. Das trifft vor allem für den Bereich der sogenannten Drittmittelforschung zu. Denn selbst wenn das Geld von privater Seite kommt, so werden doch Einrichtungen und Kräfte der Hochschulen, die durch öffentliche Mittel finanziert werden, in Anspruch genommen. Darum hat die Öffentlichkeit, haben zumal die Arbeitnehmer, die die große Mehrheit unseres Volkes bilden, ein Recht darauf zu wissen, welche Folgen Entdeckungen für sie haben werden, die sie mit ihren Steuergroschen ermöglichen.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften mit Nachdruck, daß die Universitäten weit mehr, als es bisher geschieht, im Bereich der Forschung Vorhaben organisieren und durchführen, die im Interesse der abhängig Beschäftigten liegen. Wir denken etwa an Forschungen in Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik und ganz allgemein in Fragen des Umweltschutzes und der Humanisierung der Arbeitswelt. Dabei genügt es nicht, wenn solche Arbeiten auf die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer abzielen; sie müssen zusammen mit den Betroffenen geplant und organisiert werden. Selbstverständlich geht auch das nicht ohne Mitsprache der Gewerkschaften.

Das führt zu einem weiteren Problem. Wenn die Universität ihren Aufgaben in der heutigen Gesellschaft aus eigener Kraft nicht mehr gerecht werden kann, wenn sie sich nicht selbst finanzieren kann, wenn sie allein die Studien weder planen noch durchführen kann, wenn sie die Forschung nicht ohne jede Einmischung anderer betreibt noch betreiben darf, dann muß das Folgen haben für ihre Verfassung.

Eine reine Selbstverwaltung der Hochschulen, nur begleitet oder behindert durch die Dienstaufsicht der ministeriellen Bürokratie, kann nicht genügen. Die wesentlichen Kräfte der Gesellschaft, in der und für die die Hochschulen errichtet sind,

müssen in der Leitung der Hochschulen vertreten sein. Ich denke an Kuratorien, in denen außer den Vertretern der Dozenten, des Personals und der Studenten auch Vertreter des Staats, der Gemeinden und der Gewerkschaften Sitz und Stimme haben, Kuratorien, denen die wirkliche Leitung der Hochschule zukommt. Eine Parallele im Bereich der Wirtschaft wäre die Mitbestimmung nach dem Montansystem. Dort tritt zur betrieblichen die überbetriebliche Mitbestimmung. Eine entsprechende „überbetriebliche“ Mitbestimmung muß auch in der Selbstverwaltung der Hochschulen ihren Platz haben. Nicht nur als Vertreter der an den Hochschulen beschäftigten Arbeitnehmer, sondern als Vertreter aller in ihr organisierten abhängig Beschäftigten unserer Gesellschaft sollen die Gewerkschaften als eine der großen gesellschaftlichen Gruppen in den Leitungsgremien ein bestimmendes Wort mit-sprechen können.

Es bleibt ein weiter Weg bis zur Hochschule der Zukunft.